

USA: Christen wollen Gays offiziell benachteiligen dürfen

In Amerika kämpfen Homo-Hasser dafür, sexuelle und geschlechtliche Minderheiten offiziell benachteiligen zu dürfen.

Soll es Arbeitgebern erlaubt sein, einen schwulen Arbeitnehmer wegen dessen sexueller Orientierung zu feuern? Soll ein Restaurant ein lesbisches Paar aus Homophobie den Service verweigern dürfen? Soll ein transphober Vermieter einem Mieter kündigen dürfen, wenn dieser eine Geschlechtsanpassung anstrebt? Diese Fragen beschäftigen in diesen Tagen die US-Politik intensiv – und es gibt Bewegung: Das Repräsentantenhaus will derartige Diskriminierungen künftig landesweit verbieten. Unterdessen sind regionale Antidiskriminierungsgesetze nach einer Entscheidung des Supreme Courts vom Montag gestärkt worden.



Konkret arbeitet das Repräsentantenhaus am sogenannten "Equality Act". Grund für die Initiative war der Wahlsieg der LGBTI-freundlichen Demokraten bei den letzten Parlamentswahlen, die damit zum ersten Mal seit acht Jahren wieder eine Mehrheit in der Kammer erobern konnten. Das geplante Gesetz soll Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität im Arbeits- und Zivilrecht landesweit untersagen. Derzeit ist eine derartige Ungleichbehandlung nur aufgrund der Merkmale Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht und nationale Herkunft verboten. Im Arbeitsrecht gibt es weitere Benachteiligungsverbote, etwa aufgrund der Merkmale Alter, Behinderung, Schwangerschaft oder dem Veteranenstatus. Homo- und Transsexuelle dürfen aber laut Bundesrecht nach Gutdünken diskriminiert werden.

Verschiedene Formen des "Equality Act" sind bereits seit über 40 Jahren im US-Parlament beraten worden, bislang stets ohne Erfolg. In den letzten Jahren gab es aber immer mehr Unterstützung für ein derartiges Antidiskriminierungsgesetz, auch von grossen Konzernen wie Nike oder American Airlines. Allerdings werden dem Gesetz gegenwärtig nicht die grössten Chancen eingeräumt, weil der Senat weiterhin von den Republikanern kontrolliert wird – und die Trump-Partei derzeit wenig Interesse an Minderheitenrechten hat.

Immerhin: Die Hälfte der LGBTI-Amerikaner sind durch regionale oder lokale Antidiskriminierungsgesetze geschützt. Homo-Hasser zweifeln allerdings, ob diese regionalen Gesetze verfassungsgemäss sind. Sie argumentieren, derartige Gesetze würden gegen die Religionsfreiheit verstossen, da man Christen nicht zumuten könne, Schwule und Lesben gleichzubehandeln – denn diese seien laut Bibel "Sünder".

Hawaii: Christliche Pension muss auch Homo-Paare akzeptieren

Der Supreme Court hat in dieser Frage noch keine endgültige Entscheidung getroffen. Die Richter entschieden allerdings am Montag, ein Verfahren rund um eine homophobe Pensionsbesitzerin aus Hawaii nicht anzunehmen, die einem lesbischen Paar ein Doppelzimmer mit Verweis auf ihren christlichen Glauben verweigert hatte. Damit bleibt die Entscheidung der vorherigen Instanz bestehen, die erklärt hatte, dass Diskriminierung Homosexueller nach einem Gesetz des Staates Hawaii verboten sei und die Besitzerin daher Kunden nicht aufgrund deren sexueller Orientierung diskriminieren dürfe.

Der Fall von "Aloha Bed & Breakfast" geht auf das Jahr 2007 zurück. Die Besitzerin hatte argumentiert, dass Homosexualität laut ihrem Glauben "verabscheuungswürdig" sei und ihr eine Unterbringung aufgrund der sexuellen Orientierung des Paares nicht möglich sei. Richter in Hawaii entschieden

jedoch, dass die Berufung auf Religionsfreiheit nicht dazu berechtige, die Antidiskriminierungsgesetze zu brechen.

Mit seiner Ablehnung, den Fall zu behandeln, vertagt der Supreme Court eine endgültige Entscheidung zum Thema. LGBTI-Aktivist*innen zeigten sich jedoch erleichtert, dass so lokale Antidiskriminierungsgesetze weiterhin gültig blieben. Im vergangenen Jahr hatte der Supreme Court in einem anderen Fall noch entschieden, dass die Diskriminierung eines schwulen Paares durch einen christlichen Konditor rechtmäßig war – allerdings handelte es sich dabei nicht um ein Grundsatzurteil, sondern es wurde vielmehr kritisiert, dass die lokale Antidiskriminierungsbehörde "feindselig" gegenüber dem Konditor eingestellt gewesen sei.

LGBTI-Aktivist*innen vergleichen die augenblickliche Debatte mit der Bürgerrechtsbewegung der Sechzigerjahre. Auch damals seien christliche Kirchen insbesondere in den Südstaaten gegen Antidiskriminierungsgesetze oder die Aufhebung des Verbots gemischtrassischer Ehen vorgegangen. Zu dieser Zeit beriefen sich rassistische Christen – wie es heute homophobe Gläubige auch tun – auf die Bibel: Sie behaupteten, dass Gott die Rassen durch den Turmbau von Babel getrennt habe. Der Mensch dürfe sich, so hiess es damals, nicht über diese göttliche Ordnung hinwegsetzen. Inzwischen wird diese rassistische Argumentationsweise allerdings vor amerikanischen Gerichten und der grossen Mehrheit der Politiker nicht mehr akzeptiert.

queer.de / 20.3.2019